



Es überwintern immer mehr Junge auf der Strasse

Zahl junger Obdachloser steigt. Nun wird auch die Öffentlichkeit auf sie aufmerksam



Die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Stellen soll die Situation in Basel auch für Randständige verbessern.

Der Anteil junger Erwachsener, die keine Wohnung haben, habe in letzter Zeit stark zugenommen. Das sagt Gassenarbeiter Michel Steiner und hofft, dass sich die Situation für Basler Randständige bald bessert.

VON NATASCHA CHITANOVA

Wenn der Winter einbricht, trifft es Menschen ohne festen Wohnsitz besonders hart: «Obdachlose sind tagsüber draussen, da die Notschlafstelle am Tag geschlossen ist. In der Kälte ist es natürlich viel unangenehmer als in der wärmeren Jahreszeit», sagt Michel Steiner, Gassenarbeiter beim Verein Schwarzer Peter. Es gebe leider keine genauen Zahlen zur Anzahl obdachloser Menschen in Basel. Im «Schwarzen Peter» hätten sich aber in den letzten zwölf Monaten insgesamt rund 200 Menschen freiwillig gemeldet, die den Verein als Meldeadresse für Behörden gebraucht hätten. Rund die Hälfte der Angemeldeten sei zwischen 18 und 26 Jahre alt. «Der Anteil junger Erwachsener hat in letzter Zeit stark zugenommen», stellt der Gassenarbeiter fest.

Dass immer mehr junge Erwachsene auf der Strasse leben, könne verschiedene Ursachen haben: Zwangsräumungen, Betreibungen, ein problematisches und abruptes Loslösen vom Elternhaus,

fehlende Ressourcen. Das Sozialamt sei mit jungen Sozialhilfeempfängern weniger zimperlich als mit älteren: «Der Mietzuschuss für unter 26-Jährige beträgt 475 Franken. Es ist für junge Sozialhilfeempfänger fast nicht realistisch, eine bezahlbare Wohnung zu finden.»

ES GIBT IN BASEL laut Steiner immer weniger günstige Wohnungen, und zu diesen gebe es für Junge fast keinen Zugang. Auch seien Vermieter oftmals misstrauisch gegenüber jungen Menschen – «leider nicht immer unbegründet». Der Übergang zum selbstständigen Wohnen gestalte sich so schwierig. «Es braucht mehr Vermittlungs- und Begleitangebote für junge Menschen, die auf Wohnungssuche sind», betont der Gassenarbeiter. Deshalb sei der Verein Schwarzer Peter dabei, sich mit der IG Wohnen zu vernetzen.

Gerade für Menschen ohne festen Wohnsitz sei es schwierig, sich zu stabilisieren und ihr Leben wieder in geregelte Bahnen zu lenken: «Obdachlose haben wenig Tagesstruktur. Sie halten sich im öffentlichen und halböffentlichen Raum auf und begeben sich in eine Abwärtsspirale aus Arbeitslosigkeit, Wohnensproblematik und Konsumation.» Eine stabile Wohnsituation sei Voraussetzung, um wieder Fuss zu fassen in der Gesellschaft. Doch leider werde darauf zu wenig Wert gelegt. Michel Steiner

und sein Team haben Ideen, wie sich die Situation für junge Obdachlose verbessern könnte. Eine neue Notschlafstelle, eine Art Wohnpension für Randständige im Haus der heutigen Gassenküche am Lindenberg wäre laut Steiner sinnvoll.

Vor kurzem hat SP-Grossrätin Tanja Soland eine schriftliche Anfrage zu randständigen Menschen im öffentlichen Raum eingereicht. In dieser möchte sie vom Regierungsrat wissen, ob Randständige bei der Stadtplanung wahrgenommen und einbezogen würden. Es gebe Befürchtungen, dass bei Planungen von Umbauten im öffentlichen Raum die Tendenz bestehen könnte, randständige Menschen fernzuhalten. An der aktuellen dreiteiligen Veranstaltung «Stadtwohnen für alle», die von der Christoph-Merian-Stiftung lanciert wurde, kommen Vertreter von Verwaltungen, Stiftungen, Immobilien, Bevölkerung und Behörden zusammen. Auch der Schwarze Peter diskutiert dort mit, und der Gassenarbeiter erhofft sich neben Gesprächen zum Thema «Günstiges Wohnen» eine konkrete projektbezogene Zusammenarbeit.

Der Wintereinbruch habe sich übrigens nicht nur negativ auf Menschen ohne festen Wohnsitz ausgewirkt. Steiner: «Es ist erstaunlich, aber in den vergangenen Wochen haben einige von ihnen wieder Plätze zum Wohnen gefunden. Die Motivation scheint grösser zu sein, wenn es kälter wird.»

Basler sollen nicht mehr subventionieren

Weil andere zu tiefe Krankenkassen-Prämien zahlten, musste etwa Basel zu viel zahlen. Das soll sich ändern. Doch es bleiben Probleme

Seit es die obligatorische Krankenversicherung gibt, läuft jedes Jahr dasselbe Spiel: Die Krankenkassen legen die Prämien fürs nächste Jahr fest und das Bundesamt für Gesundheit (BAG) genehmigt diese. Nun aber ist das Amt unter Druck geraten. «Offenbar hat das BAG jahrelang gesetzeswidrig festgelegte Prämien der Kassen abgesegnet», kritisiert die Basler SP-Ständerätin Anita Fetz. Das KVG verlangt jedoch grundsätzlich Prämien, welche die Gesundheitskosten einer Region oder eines Kantons abdecken. Das war bisher aber anders: So haben etwa die Kantone Bern und Obwalden mindestens bis Ende 2008 keine kostendeckenden Prämien bezahlt. Folge: Unter anderem in Basel-Stadt haben die Versicherten zu hohe Prämien bezahlt. Mit diesen Beiträgen bildeten die Kassen schweizweit Reserven, wodurch die zu tiefen Prämien in anderen Kantonen quersubventioniert worden sind.

KEINER SCHULD BEWUSST ist sich dagegen der Bundesrat. Das BAG kontrolliere stets, ob die Prämien die Kosten des entsprechenden Kantons decken könnten, versichert er in seiner eben veröffentlichten Antwort auf einen Vorstoss von Fetz. Da die Prämieeingaben aber auf Prognosen basieren, sei erst im Folgejahr definitiv festzustellen, ob die Prämien auch tatsächlich kostendeckend waren. Stellt das BAG fest, dass dem nicht so ist, Sorge es dafür, dass der Versicherer für das Folgejahr seine Prämien so weit erhöht, dass diese wiederum die Kosten decken können. Und doch gibt es Lücken im System: Wegen zu tiefer Kostenprognosen durch die Versicherer seien Prämien zu wenig erhöht worden, sodass diese von 2008 bis 2010 die Kosten nicht mehr decken konnten, räumt der Bundesrat ein. Er gehe aber davon aus, dass die Prämien ab 2011 in allen Kantonen wieder kostendeckend sein werden.

Das allerdings kann sich Ständerätin Fetz beim besten Willen nicht vorstellen: «Kantone wie Bern und Obwalden müssten dann mit den Prämien extrem rauf. Das kann eigentlich gar nicht sein.» Und dagegen werde auch der politische Widerstand gross sein, ist sie sich sicher. «Natürlich habe ich ein gewisses Verständnis, dass man sich dagegen wehrt.» Es brauche nun aber endlich einen nationalen Ausgleich. Die Prämien müssten ja auch nicht auf einen Schlag erhöht werden.

Wie auch immer: Das Ziel von BAG und Kassen ist, künftig in allen Kantonen kostendeckende Prämien festzulegen, da-

mit es fortan weder echte noch vermeintliche Quersubventionierungen gibt. Doch auch die Krankenkassen haben das Konzept der kantonalen Reserven ohnehin stets abgelehnt: Sie betonten, für sie seien die schweizerischen Reserven relevant. Der Nationalrat hat nun aber jüngst eine Genfer Standesinitiative angenommen, die explizit die Bildung kantonalen Reserven verlangt. Doch die Kassen warnen vor einem Prämien Schub: Um in jedem Kanton separat ausreichende Reserven anzulegen, müssten die Prämien in diversen Kantonen stark erhöht werden.

DEN HANDLUNGSBEDARF hat nun aber auch der Bund erkannt: So könnten mit konsequent kostendeckenden Prämien Defizite beziehungsweise Überschüsse in einem Kanton vermieden werden. Daher sei vorgesehen, in einem ersten Schritt mittels einer Ordnungsänderung per Mitte 2011 einen Korrekturmechanismus einzuführen, betont der Bundesrat. Mit diesem sollen entstandene Differenzen zwischen Prämien und Leistungen, also zu viel oder zu wenig bezahlte Prämien, in Zukunft regelmässig ausgeglichen werden.

«Ich bin relativ optimistisch, dass mit der geplanten Änderung der Reservepolitik eine Korrektur zu erreichen ist», kommentiert Fetz. Allfällige Differenzen sollen künftig spätestens nach zwei Jahren rückwirkend korrigiert werden. Doch damit ist es für die Basler Ständerätin noch nicht getan: Denn in den vergangenen Jahren seien rund 1,5 Milliarden Franken unter den Kantonen quersubventioniert worden. «Es kann nicht sein, dass dieses Geld nun einfach verschwindet.» Diese «Altlasten» würden vom Bund bisher nicht berücksichtigt. «Ich würde erwarten, dass man das Thema offensiv angeht», sagt Fetz. «Diesen Eindruck aber erhält man aus der Antwort des Bundesrats nicht.»

Fetz setzt nun auf die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Ständerats, welche die Vergangenheit unter die Lupe nehmen soll. Keine einfache Aufgabe. Das weiss auch die Basler Ständerätin. «Ich vermute, dass Kontrollen kaum mehr möglich sind, weil es über 300 000 unterschiedliche Prämientarife gibt.» Das BAG habe wohl den Schwerpunkt seiner Kontrolltätigkeit auf missbräuchlich hohe Prämien gelegt. Zu tiefe Prämien aber seien nicht im Fokus gestanden. Dennoch: «Die GPK soll endlich Transparenz schaffen», fordert Fetz. (DB)

Aller Widerstand aus der Region Basel ist zwecklos

Der Bundesrat hält an der geplanten Velohelmpflicht für Personen bis 14 Jahre fest. «Wir werden die Kröte wohl schlucken müssen», sagt der VCS beider Basel

«Der Velohelm gaukelt falsche Sicherheit vor und dient nur dazu, die Leute zu beruhigen», kritisiert die Basler Grünen-Nationalrätin Anita Lachenmeier. Und die Co-Präsidentin des VCS beider Basel betont weiter: «Es gibt keinen Beweis dafür, wie weit der Velohelm wirklich schützt.» Doch Widerstand ist zwecklos: Der Bundesrat hält an seinen Plänen fest, ein Helmobligatorium für Kinder bis 14 Jahre einzuführen. Denn er ist überzeugt, dass ein Helm entscheidend dazu beiträgt, die Unfallschwere erheblich zu mildern. Das würden Studien beweisen. Die Massnahme ist Teil des Programms «Via sicura», mit dem der Bund die Zahl der Strassenverkehrsopfer markant senken will. Denn: Noch immer gibt es täglich mehr als einen Toten und pro Jahr über 5000 Schwerverletzte auf Schweizer Strassen.

DOCH ES GIBT GEGENARGUMENTE: So zeigt eine amerikanische Studie auf, dass ein Obligatorium für Kinder und Jugendliche nicht nur positive Folgen hat. Sie sich nur noch mit Helm aufs Velo setzen zu dürfen, schreckt ab. Die Helmpflicht führte in den USA dazu, dass Kinder und Jugendli-

che deutlich weniger Fahrrad fahren. In der Schweiz tragen heute 40 Prozent der Erwachsenen und 70 Prozent der Kinder mehr oder weniger freiwillig einen Helm. Damit dürfte die Grenze erreicht sein, glaubt Pro Velo Schweiz. Ein Obligatorium sei vielmehr kontraproduktiv. Es werde einfach weniger Velo gefahren. Für Pro Velo ein Rückgang mit Folgen: «Fährt ein Kind nicht Velo, fährt es auch als Erwachsener nicht.» Deshalb setzt Pro Velo auf Freiwilligkeit.

Das ist auch dem Bundesrat bewusst: «Es ist nicht auszuschliessen, dass eine Helmpflicht das Velofahren für die betroffenen Jugendlichen unattraktiver macht.» Unter 14-Jährige aber könnten den Gefahren des Strassenverkehrs noch nicht mit der gleichen Routine begegnen wie Erwachsene. Deshalb sei es wichtig, diese besonders zu schützen. Ausserdem habe eine Umfrage ergeben, dass eine Helmtragepflicht für

Personen bis 14 Jahre von einer Mehrheit akzeptiert würde, betont der Bundesrat.

Für Nationalrätin Lachenmeier aber widerspricht sich der Bundesrat: «Einerseits will er das Velofahren attraktiver gestalten, andererseits räumt er ein, dass die Helmpflicht die Attraktivität schmälern kann.» In einem Vorstoss hatte sie den Bundesrat darauf hingewiesen, dass die meisten tödlich verunglückten Velofahrer ihr Leben bei Unfällen mit Autos verlieren würden. Mit einer Helmpflicht werde einzig die Verantwortung auf die Velofahrer abgeschoben. «Will der Bundesrat also Verkehrstote verhindern, muss er erst be-

weisen, dass der Helm auch tatsächlich Todesfälle verhindern kann.» Lachenmeier aber ist überzeugt: «Der Helm verhindert keinen tödlichen Unfall. Daher gibt es auch keinen Grund für ein Obligatorium.» Eher zum Ziel von weniger Velo-Unfalltoten führen würde eine konsequente Förderung von sicheren Velowegen und

-routen, insbesondere auch in Kreuzungsbereichen.

Lachenmeier: «Der Schutz der Velofahrenden spielt in der Schweizer Verkehrspolitik aber noch immer eine völlig untergeordnete Rolle.» Der Verkehrsraum sei für den Langsamverkehr generell sicherer zu gestalten. «Wer sich mit Velohelm sicherer fühlt, kann dann immer noch freiwillig einen tragen», ergänzt Lachenmeier.

DIE VERHINDERUNG VON UNFÄLLEN sei immer besser als die Milderung von Unfallfolgen, erklärt auch der Bundesrat. So gesehen sei eine flächendeckende Verbesserung der Infrastrukturen für den Veloverkehr auf den ersten Blick tatsächlich wirksamer als ein Helmobligatorium. «Aber auch die besten Infrastrukturen



Anita Lachenmeier.

können menschliches Fehlverhalten nicht gänzlich verhindern», betont der Bundesrat. In solchen Fällen könnten Velohelme dazu beitragen, dass verunfallte Fahrradfahrer weniger oft sterben oder schwere Kopfverletzungen erleiden.

Der Bundesrat lässt sich nicht unstimmen. Das sieht Anita Lachenmeier ein. Und ein Antrag, die Helmpflicht aus dem «Via sicura»-Paket zu streichen, habe im Bundesparlament wohl keine Chance. Dies wird im kommenden Sommer über das Verkehrssicherheitsprogramm entscheiden. Die Mehrheit im Rat sei eben sehr autofreundlich. «Sie fühlt sich sicherer, wenn Velofahrer einen Helm tragen», glaubt Lachenmeier. «Letztlich werden wir die Kröte also wohl schlucken müssen.» Doch: Ist die Pflicht erst einmal eingeführt, sollte der Bund prüfen, ob und wie stark die Zahl der jugendlichen Velofahrer abnimmt – und Gegenmassnahmen vorschlagen. «Ganz so schnell geben wir keine Ruhe.»

DANIEL BALLMER